

Mitteilungsblatt 31.01.2020

Schulnotstand

Die Realschulen in unserer Region sind überfüllt, weil sie in der fünften Klasse nach Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung jeden Schüler aufnehmen müssen und das Sitzenbleiben in Klasse 5 an den Realschulen abgeschafft wurde. Zudem können Schüler, die aus dem Gymnasium in die Realschule wechseln wollen, dies erst nach Klasse sieben, wenn überhaupt. Damit ist die frühere Durchlässigkeit des Bildungssystems nicht mehr gewährleistet.

Die Realschulen und der Deutsche Städtetag sorgen sich um überforderte Kinder in den beiden Eingangsklassen. Nach der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung ist die Quote der überforderten Kinder in Klasse 5 der Realschulen um Faktor 5 nach oben geschneit. Das Sitzenbleiben in Klasse 5 wurde an den Realschulen zwar abgeschafft, verschärft aber das Problem. Denn auch in den Klassenstufen 6 und 7 verzeichnet die Realschule hohe Sitzenbleiberquoten. In den bundesweiten Vergleichsversuchen hat Baden-Württemberg deshalb längst seinen Spitzenplatz verloren. Die Studie ‚Bildungstrend 2017‘ des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) ergab, dass rund jeder achte unserer Viertklässler im Fach Deutsch beim Zuhören, jeder siebte beim Lesen und jeder fünfte bei der Orthographie den festgesetzten Mindeststandard verfehlte. Kaum deutlicher könnten die Belege dafür ausfallen, dass ein vielgliedriges und differenziertes Schulsystem eine verbindliche Grundschulempfehlung für die weiterführende Schulart nach Klasse 4 braucht. Eltern, die mit der Empfehlung nicht einverstanden sind, können das durch die aufnehmende Schule überprüfen lassen. Die verbindliche Empfehlung erleichtert die Bildung von Klassen aus Schülern mit vergleichbaren Begabungen und Leistungsvoraussetzungen enorm und schafft damit eine entspannte Lernatmosphäre.

Schade, dass Ministerpräsident Kretschmann dies, wie ein jüngst veröffentlichtes Interview zeigt, scheinbar anders sieht – plädiert er doch für ein „Schreiben nach Gehör“.

Deshalb setzt sich die Hirschberger FDP weiterhin für die verbindliche Grundschulempfehlung in Baden-Württemberg ein, wie sie das bereits beim Bürgerentscheid gegen die Gemeinschaftsschule in Hirschberg getan hat.